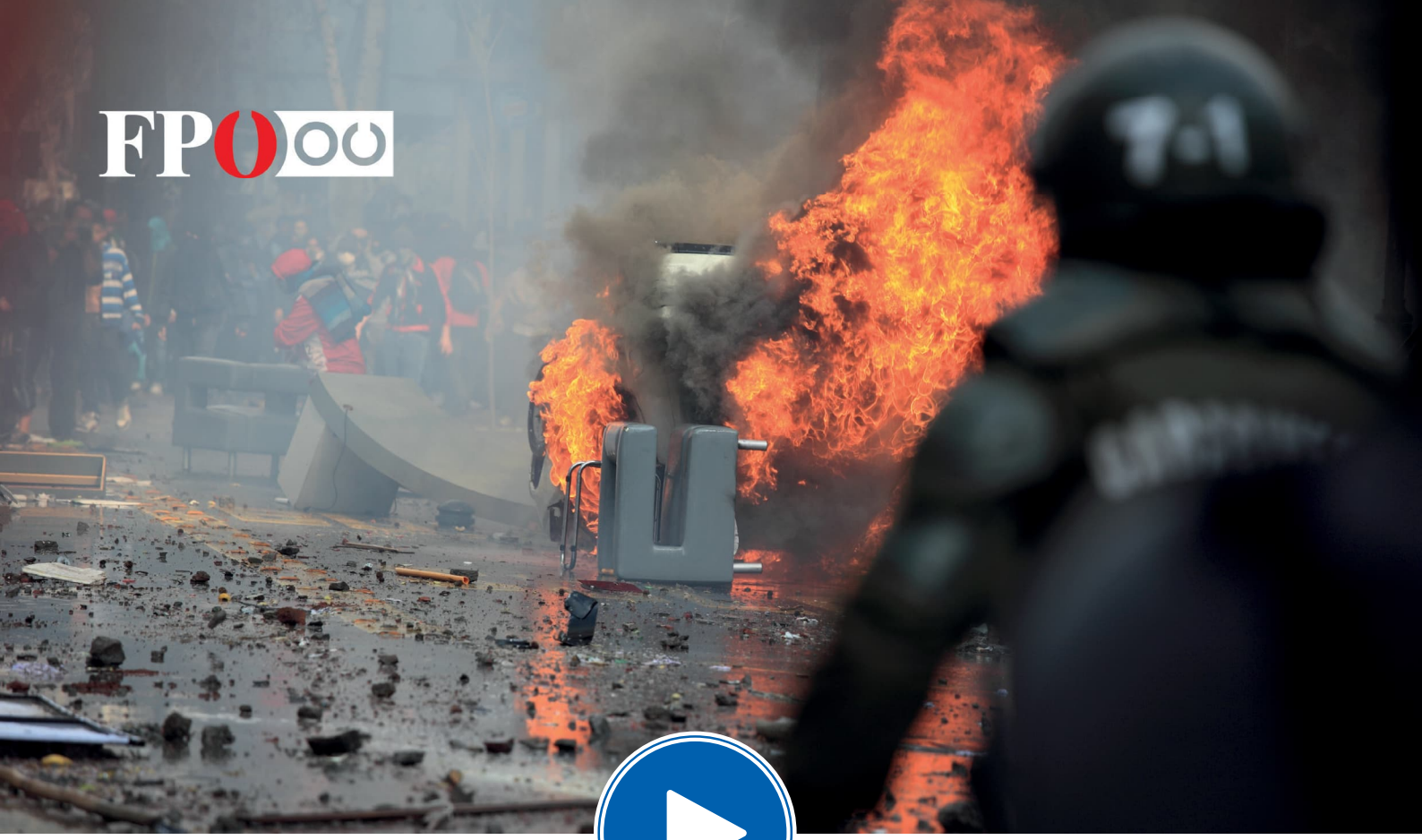


PRESSEKONFERENZ

mit FPÖ-Landesparteiobmann

Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner

Heimat braucht Haltung – Teil 3

„Sofortmaßnahmen gegen die Gewalt auf Europas Straßen“

Mittwoch, 4. November 2026 | Ursulinenhof, OÖ. Presseclub, Linz

+++

FPÖ Oberösterreich, Birgitt Großauer-Thurner, Telefon: 0732 73 64 26 31, Mail: birgitt.grossauer-thurner@fpoe-ooe.at

In Frankreich wurde am vergangenen Wochenende ein Gendarm mit einem Molotowcocktail beworfen und fing Feuer. Er kam mit oberflächlichen Verletzungen davon, aber der französische Innenminister sprach zu Recht von einem Mordversuch. Allein am vergangenen Samstag und in der Nacht darauf zählten die französischen Behörden 779 Festnahmen und 116 verletzte Polizisten und Gendarmen.
In Frankfurt am Main wurden Geschäfte geplündert, Schaufenster eingeschlagen und Barrikaden angezündet. Ein Waffengeschäft wurde angegriffen, ein Sondereinsatzkommando musste es sichern. Rund 100 Polizisten wurden verletzt, einer von ihnen verlor nach einem Steinwurf ins Gesicht Zähne. Der Einsatzleiter der Frankfurter Polizei spricht von einer „neuen Dimension der Gewalt".
In Zürich brannten Barrikaden aus Müllcontainern und E-Scootern, ein Auto ging in Flammen auf, Polizisten wurden mit Feuerwerkskörpern, Steinen und Flaschen angegriffen.

Die Halloween-Nacht 2026 wird uns allen als jene Nacht in Erinnerung bleiben, in der Europa wieder einmal gesehen hat, wie dünn die Decke der Zivilisation geworden ist, auf der unsere europäischen Gesellschaften stehen.
Wer sind die Täter? Eine Antwort gibt der hessische Innenminister Roman Poseck (CDU). Wörtlich: „Diese Tätergruppe war überwiegend migrantisch geprägt." Er spricht von einem enormen Gewaltpotenzial von Linksextremisten und gewaltorientierten jungen Menschen, größtenteils mit Migrationshintergrund und geht von rund 100 linksextremistisch motivierten Gewalttätern aus. Die Polizei schätzt die Zahl der gewaltbereiten Störer auf 1.000 bis 1.500.
Der deutsche Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU) nennt die Verantwortlichen ebenfalls beim Namen: „Gewaltbereite linke Gruppen und Chaoten aus dem migrantischen Milieu".

„Von manchen Medien wird uns erzählt, es handle sich um Jugendproteste für bessere Bildung und gegen die hohen Lebenshaltungskosten. Wir widersprechen deutlich! Wer Molotowcocktails auf Polizisten wirft, wer Schuhgeschäfte plündert und Waffengeschäfte angreift, der demonstriert nicht gegen ausgefallenen Matheunterricht. Hier sind Schwerkriminelle am Werk," so der Landesparteiobmann der FPÖ Oberösterreich, Landeshauptmann-Stv., Dr. Manfred Haimbuchner.

Auch in Österreich waren die Vorzeichen eindeutig. Tagelang kursierten in den sozialen Medien Aufrufe zu Straftaten – von Gewaltaufrufen bis hin zur Plünderung von Luxusgeschäften. Am Tag vor Halloween hat die Polizei in Wien und Niederösterreich sechs Hausdurchsuchungen durchgeführt. Sichergestellt wurden zwei Schreckschusspistolen, Munition und eine Machete. Von den sechs mutmaßlichen Hauptverdächtigen war eine Person österreichischer Staatsbürger, fünf waren Drittstaatsangehörige mit gültigem Aufenthaltstitel. In der Halloween-Nacht selbst waren in Wien mehrere hundert Polizisten im Einsatz. Die Bilanz: 509 Anzeigen, zehn vorläufige Festnahmen, 107 sichergestellte pyrotechnische Gegenstände – und in Meidling wurde ein abgestelltes Polizeiauto mit einer brennbaren Flüssigkeit beschädigt.

In Linz kam es 2022 auch zu derartigen Ausschreitungen. Nach den Linzer Krawallen wurden 129 Personen angezeigt, fast zwei Drittel davon Jugendliche. 28 davon waren Syrer, 14 Afghanen, dazu kamen Staatsangehörige des Kosovo, Bosniens, Serbiens, Nordmazedoniens und vieler weiterer Länder. 35 waren anerkannte Asylberechtigte, sechs weitere Asylwerber und sechs subsidiär Schutzberechtigte. 46 der 129 Angezeigten waren österreichische Staatsbürger. Der genaue Anteil an Migranten bei den österreichischen Staatsbürgern ist unbekannt, aber eine Tatsache ist bekannt: Gegen diese 46 hat der Staat kein einziges fremdenrechtliches Instrument mehr in der Hand. Kein Aberkennungsverfahren, kein Aufenthaltsverbot, keine Abschiebung.

„Wir sehen hier eine unheilige Allianz, vor der wir Freiheitliche seit Jahren warnen. Auf der einen Seite die linksextreme Szene, die die Ideologie, die Organisation und die Mobilisierung liefert. Die den Hass auf Polizei, Staat und bürgerliche Ordnung predigt und für die jede soziale Unzufriedenheit nur ein willkommener Vorwand ist. Auf der anderen Seite ein Milieu krimineller Migranten, die mit unserem Staat, unserer Rechtsordnung und unserer Lebensweise nichts anfangen können oder wollen, die keine Scheu vor Gewalt haben. Sie bringen die Masse und die Brutalität auf die Straße. Und dazwischen stehen Polizisten, die ihren Kopf hinhalten müssen für das Versagen einer Politik, die all das jahrzehntelang hat geschehen lassen“, betont Haimbuchner.

Das gesamte Fremdenrecht endet bei der Staatsbürgerschaft. Alle Instrumente, über die in der Migrationspolitik seit Jahren diskutiert werden - die Aberkennung des Schutzstatus, die Rückkehrentscheidung, das Aufenthaltsverbot, die Abschiebung - sie alle greifen ausschließlich bei Fremden. Wie das in der Praxis aussieht, lässt sich am Beispiel Frankfurt erkennen: Die Gruppe der Störer war laut hessischem Innenminister überwiegend migrantisch geprägt. Die 54 Festgenommenen besitzen nach seinen Angaben überwiegend die deutsche Staatsangehörigkeit. Migrantisch geprägt, aber mit deutschem Pass und damit für jede Abschiebung unerreichbar.
Wer als Gast in unser Land kommt, Schutz und Unterstützung in Anspruch nimmt und dann vorsätzlich eine Straftat begeht, der hat sein Gastrecht verwirkt. Die FPÖ fordert daher:

Einleitung eines Verfahrens zur Aberkennung des Schutzstatus bei Verurteilung
Bei jeder Verurteilung eines Drittstaatsangehörigen wegen eines Vorsatzdelikts muss automatisch ein Verfahren zur Aberkennung des Schutzstatus und zur Außerlandesbringung eingeleitet werden.

Europäische Rechtslage ändern
Europäisches Recht ist kein Naturgesetz. Der Europäische Gerichtshof hat im Juli 2023 entschieden, dass der Flüchtlingsstatus wegen Straffälligkeit nur dann aberkannt werden darf, wenn jemand wegen eines besonders schweren Verbrechens verurteilt wurde und zusätzlich eine tatsächliche, gegenwärtige und erhebliche Gefahr für die Allgemeinheit darstellt. Wenn die europäischen Regeln dazu führen, dass Gewalttäter bleiben dürfen, während Polizisten im Krankenhaus liegen, dann sind diese Regeln falsch. Die Bundesregierung sollte sich nicht hinter diesen Regeln verstecken, sie muss dafür kämpfen, dass diese Gesetze geändert werden.

Reform der Staatsbürgerschaft
Die österreichische Staatsbürgerschaft ist das höchste Gut, das unsere Republik zu vergeben hat. Sie ist die Aufnahme in eine Schicksalsgemeinschaft und über eine solche Aufnahme muss die Gemeinschaft selbst entscheiden dürfen und nicht derjenige, der aufgenommen werden will.

Ende des Rechtsanspruchs auf die Staatsbürgerschaft

Einbürgerungen müssen künftig Ermessensentscheidungen sein. Die Staatsbürgerschaft wird verliehen, nicht beansprucht. Sie ist eine Belohnung für einen gelungenen Integrationsprozess der Republik und kein Rechtsanspruch, den man einklagen kann.

Längere Wartefristen

Die Wartefrist bevor die Staatsbürgerschaft verliehen werden kann, muss mindestens 15 Jahre betragen. Wer dauerhaft Teil unserer Gemeinschaft werden will, der muss über einen langen Zeitraum hinweg beweisen, dass er dazugehören will. Diese Zeit ist für die Republik auch eine Zeit der Bewährung, in der ihr noch alle Mittel des Fremdenrechts zur Verfügung stehen.

Staatsbürgerschaft auf Probe

Österreichische Behörden dürfen keine Informationen aus den Herkunftsländern von Asylberechtigten einholen, wodurch Vorstrafen oder extremistische Tendenzen unbekannt bleiben können. Um dieses Sicherheitsrisiko zu verringern, fordert die FPÖ eine Staatsbürgerschaft auf Probe. Bei schweren Straftaten, Widerstand gegen die Staatsgewalt oder Unterstützung von Terrorismus soll die Staatsbürgerschaft wieder entzogen werden.

Förderstopp aller einschlägigen NGOs

Keine staatlichen Gelder für Organisationen, die gegen die Rückführungspolitik der Republik arbeiten oder mit linksextremen Gruppen gemeinsame Sache machen. Geld, das zu diesem Zweck zweckwidrig eingesetzt wurde, muss durch den Staat konsequent rückgefordert werden. Wer mit Steuergeld Abschiebungen sabotiert, wer Seite an Seite mit linksextremen Gruppen gegen Polizei und Rechtsstaat mobilisiert, wer das Bild vom bösen Polizisten und vom armen Randalierer in die Welt setzt, der hat keinen Anspruch auf öffentliche Mittel.

„Ius sanguinis“ bewahren – Österreichs Identität schützen

Diskussionen rund um eine Änderung des „ius sanguinis“ sind strikt abzulehnen. Das Abstammungsprinzip schützt unserer österreichischen Identität. Teil des österreichischen Volkes zu sein, kann man nicht allein am Geburtsort festmachen. Teil des österreichischen Volkes ist der, der unsere Kultur lebt, unsere Sprache spricht, unsere Identität verinnerlicht, unsere Werte vertritt und Österreich als seine Heimat anerkennt.

„Die Einbürgerung ist der „Point of no Return“ der Migrationspolitik. Jede andere Entscheidung in diesem Bereich lässt sich korrigieren. Ein Asylstatus kann aberkannt werden, ein Aufenthaltstitel entzogen werden. Die Verleihung der Staatsbürgerschaft hingegen ist praktisch unumkehrbar. Was einmal verliehen ist, bekommt die Republik nie wieder zurück. Und deshalb muss gerade diese eine Entscheidung mit der allergrößten Sorgfalt getroffen werden“, so Haimbuchner.